

---

*Jahrbuch  
Soziale Bewegungen*

Herausgeber:  
Heinz-Gerhard Haupt, Bremen  
Annette Jost, Frankfurt  
Gerhard Leithäuser, Bremen  
Ulrich Mückenberger, Bremen  
Christian Riechers, Hannover  
Hans-Josef Steinberg, Bremen

# **SOZIALE BEWEGUNGEN**

## **Geschichte und Theorie**

---

*Jahrbuch 1*

*Arbeiterbewegung  
und Faschismus*

*Campus Verlag  
Frankfurt/New York*

# Inhalt

Editorial ..... 9

## Arbeiterbewegung und Faschismus

*Inge Marsolek, René Ott, Hans-Josef Steinberg*  
Auch eine historische Verspätung. Zum Problem der  
Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozia-  
lismus heute ..... 21

*Alexander v. Plato*  
Mitmachen, Durchmogeln, Widersetzen. Über Erfah-  
rungen, die spätere sozialdemokratische Metall-Betriebs-  
räte während des Nationalsozialismus machten ..... 38

*Gerhard Leithäuser*  
War die nationalsozialistische Herrschaft ökonomisch  
notwendig? ..... 71

*Ursula Langkau-Alex*  
Zur Genesis des Begriffs „Volksfront“ 1932 bis 1934/  
1935 ..... 82

*Rainer Erd*  
Amerikanische Arbeiterbewegung und New Deal. Zur  
Reform der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit  
in den USA während der dreißiger Jahre ..... 106

*Nestor D'Alessio*  
Arbeiterklasse, Gewerkschaften und Peronismus in der  
Periode 1943 bis 1955 ..... 136

Alle Rechte insbesondere das Recht  
der Vervielfältigung und Verbreitung  
sowie der Übersetzung, vorbehalten.  
Kein Teil des Werkes darf in  
irgendeiner Form (durch Photokopie,  
Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des  
Verlages reproduziert oder unter  
Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder  
verbreitet werden.  
Umschlaggestaltung:  
Eckard Warminski, Büdingen  
Satz: Klaus Prechtl, Passau  
Druck und Bindung: Fuldaer  
Verlagsanstalt GmbH, Fulda  
Printed in Germany

CIP-Kurztitelaufnahme der  
Deutschen Bibliothek

*Arbeiterbewegung und Faschismus.* -  
Frankfurt/Main ; New York :  
Campus Verlag, 1984.  
(Soziale Bewegungen ; 1)  
ISBN 3-593-33308-2

NE: GT



Zsm 58 181  
1  
1984

- 1359613 -

ISBN 3-593-33308-2

## Dokument

Rüdiger Hachtmann

Von der Klassenharmonie zum regulierten Klassenkampf (Erläuterung zur:) ..... 159

Niederschrift über die Besprechung mit Herrn Ministerialdirig. Dr. Kimmich im Sitzungssaal des Mannesmannhauses am 20. Juni 1940, 16 Uhr ..... 175

## Interview

Wissenschaft als Staatsschutz

Gespräch zwischen Rolf Taubert und Alfred Eberlein .... 187

## Rezensionen

Hans-Joachim Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, 2 Bde. (Heinrich Volkmann) ..... 201

Willy Albrecht, Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870-1890 (Lothar Machtan) ..... 203

Eberhard Fehrmann und Ulrike Metzner, Angestellte und Gewerkschaften. Ein historischer Abriß (Klaus Schönhoven) ..... 206

Josef Esser, Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen (Joachim Hirsch) ..... 208

Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche, bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte. 320 Haushaltsrechnungen von Metallarbeitern (Heinz-Gerhard Haupt) ..... 211

Friedhelm Boli, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover (Christian Riechers) ..... 212

Peter Lübbe (Hg.), Kautsky gegen Lenin (Dettef Lehnert) ..... 216

Karl-Heinz Klär, Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale (Susanne Miller) ..... 218

Richard C. Murphy, Gastarbeiter im Deutschen Reich. Polen in Bottrop 1891 bis 1933 (Christoph Kleßmann) ..... 221

Ernest Borneman (Hg.), Arbeiterbewegung und Feminismus. Berichte aus vierzehn Ländern

Frauengruppe Faschismusforschung, Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

Gisela Losseff-Tillmanns (Hg.), Frau und Gewerkschaft

Heinz Niggemann, Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich

Charles Schüddekopf (Hg.), Der alltägliche Faschismus. Frauen im Dritten Reich (Ute Frevert) ..... 224

Richard F. Hamilton, Who voted for Hitler? (Klaus Mertsching) ... 231

Detlev Peukert und Jürgen Reulecke, Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus

Bernt Engelmann, Im Gleichschritt marsch. Wie wir die Nazizeit erlebten 1933-1939

Bernt Engelmann, Bis alles in Scherben fällt. Wie wir die Nazizeit erlebten 1939-1945

Frank Grube und Gerhard Richter, Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933-1945 (Inge Marßolek) ..... 235

Bernd Klemm (Hg.), „... durch polizeiliches Einschreiten wurde dem Unfug ein Ende gemacht.“ Geheime Berichte der politischen Polizei Hessen über Linke und Rechte in Offenbach 1923-1930 (Hans Peter Riesche) ..... 239

Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945 (Eike Hennig) .... 241

Hermann Weber (Hg.), Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949-1967 (Siegfried Bahne) ..... 244

Renate Meyer-Braun, Die Bremer SPD 1949-1959. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie (René Ott) ..... 246

Herbert Wehner, Zeugnis (hg. v. Gerhard Jahn) (Hermann Weber) ... 248

Eckhard Hansen, Michael Heisig, Stephan Leibfried, Florian Tennstedt, Seit über einem Jahrhundert ...: Verschüttete Alternativen in der Sozialpolitik. Sozialer Fortschritt, organisierte Dienstleistungsmacht und nationalsozialistische Machtergreifung: Der Fall der Ambulatorien in den Unterweserstädten und Berlin (Ulrich Billerbeck) ..... 251

Rosemarie Leuschen-Seppel, Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924-1928/29

Wolfgang Streeck, Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie (Josef Esser) ..... 256

Wilfried Deppe, Drei Generationen Arbeiterleben. Eine soziobiographische Darstellung

Ditmar Brock und Hans-Rolf Vetter, Alltägliche Arbeiterexistenz. Soziologische Rekonstruktionen des Zusammenhangs von Lohnarbeit und Biographie ( <i>Claudia Weber</i> ) . . . . .	259
Branko Horvat, The Political Economy of Socialism. A Marxist Social Theory ( <i>Gerhard Leithäuser</i> ) . . . . .	263

*Inge Maršolek, René Ott, Hans-Josef Steinberg*

## Auch eine historische Verspätung

Zum Problem der Erforschung des Widerstandes  
gegen den Nationalsozialismus heute

Die Deutschen, vor allem die in der Bundesrepublik lebenden, haben den Ruf, ein geschichtsloses Volk zu sein, was zweifellos stimmt, wenn man ihr Verhältnis zur eigenen Geschichte mit dem von Nationen wie Frankreich, England und auch den USA vergleicht. Das liegt natürlich nicht nur an einer gegenwärtigen Mentalität dieses Volkes, sondern auch an einer Geschichte, die es zumindest seit 1914 den Menschen schwer macht, sich mit ihr zu identifizieren. Um so überraschender war die scheinbar massenhaft-kollektive Erinnerung an ein so verhängnisvolles Datum wie das der sog. nationalsozialistischen Machtergreifung vor 50 Jahren. Das Wort „scheinbar“ ist von uns nicht zufällig gewählt worden, sondern es bezeichnet jene Art des Erinnerns, die aus Anlaß einer runden Zahl forciert wird, von Instanzen und Organisationen, von Professoren und Lehrern, von Publizisten und Verlegern, die alle ihren guten Grund dafür haben. Die einen, weil sie glauben, beweisen zu können, daß die Extreme eine Demokratie gefährden, die anderen, weil sie in der Tradition derer stehen, die unter der zwölfjährigen NS-Herrschaft in Deutschland verfolgt wurden und gelitten haben, viele Lehrer, weil man im gegenwärtigen politischen Frust aus diesem Anlaß gesellschaftlich tolerierten „linken“ Unterricht machen kann, Publizisten und Verleger, weil so ganz allmählich jede, auch die unkritischste Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ein Geschäft geworden ist. Man braucht nicht unbedingt an die gefälschten Tagebücher Hitlers zu denken: Ein Blick in den Anzeigenteil der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am Wochenende reicht, um dies unschwer zu erkennen. Besonders elegant ist jene Art der Rückbesinnung auf den Nationalsozialismus und vor allem auf den Widerstand, die nach der Devise „Bonn ist nicht

Weimar“ das Widerstandsrecht, das bezogen auf die nationalsozialistische Diktatur sogar in den Rang der Widerstandspflicht erhoben wird, der Friedensbewegung abspricht, jener Bewegung, die heute gewaltfrei gegen die drohende Massierung und Potentierung der Vernichtungspotentiale in dieser Welt demonstriert und kämpft. So etwa Karl Dietrich Bracher am 20. Juli 1983 in Berlin. Man sieht einmal mehr, daß die Beschäftigung mit der Geschichte immer auch ihre aktuellen Implikationen hat.

Uns geht es an dieser Stelle nicht um verordnetes Gedenken, um Festreden, um Legitimation, sondern wir fragen nach den Möglichkeiten der Erforschung und Darstellung des Widerstandes gegen das Regime, dessen Herrschaftsantritt vor 50 Jahren heute allerdings kaum zu wirklicher Verarbeitung oder gar zu „kollektiver Trauerarbeit“, wie es Alexander Mitscherlich formuliert hat, führt.

Zuerst einmal stellt sich die Frage nach den Akteuren, und es ist ein traditionelles Dilemma im Bereich der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, daß die durchaus verständliche Fixierung auf jene Menschen, die oft von der ersten Stunde an gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben, das Verhalten der großen Mehrheit des deutschen Volkes außer acht läßt, nämlich derer, die sich arrangierten und anpaßten, von den aktiven Nationalsozialisten gar nicht zu reden. Denn die Geschichte der Deutschen im Dritten Reich ist vor allem eine Geschichte von Anpassung und Zustimmung: Zu einer „Resistenz“ oder „Résistance“, einer breiten Volksbewegung, einem antifaschistischen Bündnis zwischen den politischen Richtungen und sozialen Schichten wie in den von Deutschland besetzten Ländern, kam es im Deutschen Reich nicht einmal in Ansätzen. Im Gegensatz zu den besetzten Ländern, wo Widerstand auch ein Kampf um die „nationale Freiheit“ war, kämpften im Reich die Angehörigen des Widerstands als Deutsche. Wurden sie gefaßt, so lautete die Anklage „Vorbereitung zum Hochverrat“, nach Kriegsausbruch auch häufig „Landesverrat“.

„Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde von Staats wegen und mit Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes, das darf nicht vergessen werden, als Verrat gekennzeichnet und damit in jenen Bereich von kriminellen, moralisch minderwertigem Handeln gerückt, in den die polnischen, französischen, niederländischen Widerstandskämpfer usw. gegenüber dem eigenen Volk nie geraten sind.“<sup>1</sup>

Die neuere Forschung zum deutschen Widerstand ist u.a. durch die Entdeckung der Alltagsgeschichte in diesem Bereich kenn-

zeichnet. Mit diesem Perspektivenwechsel tritt erstmals die gesamte Breite des Widerstandes aus politischen, religiösen und ethischen Motiven, die Volksopposition wie auch die Verfolgung aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Es gilt, der Vielfalt von Verhaltensweisen gegenüber dem NS-Regime nachzuspüren, Protesthandlungen dahingehend zu untersuchen, ob sie für eine Gruppe oder Schicht spezifisch waren, um so auch die Rahmenbedingungen für den aktiven, organisierten Widerstand genauer herauszuarbeiten. Widerstand und Verfolgung sind einzubetten in eine „Alltagsgeschichte“ der Bevölkerung unter dem NS-Regime, wobei diese nicht unmittelbar Untersuchungsgegenstand sein kann, sondern den Blick auf Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands, vor allem auch auf Motive der Handelnden eröffnen soll. Darüber hinaus ist sie einzubinden in eine Analyse der sozialen und politischen Bedingungen, wie sie durch das NS-Regime gesetzt wurden. Damit wird die Erforschung des Widerstandes in eine „Gesellschaftsgeschichte politischen Verhaltens“ integriert<sup>2</sup>, wobei Widerstand, auch der politisch motivierte Widerstand von Teilen der Arbeiterbewegung, als *ein* mögliches Verhalten auf einer breiten Skala von Verhaltensweisen definiert werden kann. Man macht nicht länger „Schwarz-Weiß-Malerei“, sondern zeigt auch die „Zwischentöne der Alltagserfahrungen“<sup>3</sup>. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse über Verhaltensweisen, die von Zustimmung, Anpassung, Rückzug, Verweigerung, non-konformem Verhalten bis zu Opposition und Widerstand gehen, veränderten auch das bisherige Bild vom NS-System. Die Nationalsozialisten konnten ihren totalitären Herrschaftsanspruch nur bedingt durchsetzen, die Volksgemeinschaft blieb Utopie, die erhoffte breite Zustimmung und aktive Unterstützung des Systems blieben aus. Die weitgehende Duldung des NS-Regimes wurde einerseits mit ideologischen propagandistischen Zugeständnissen, andererseits durch Terror erreicht.

Was aber bedeutet dieser Perspektivenwechsel für die Erforschung des Arbeiterwiderstandes? Wesentlich scheint uns zu sein, daß die bisherige Verengung des Blickes auf die Organisationen aufgehoben wird, und dies hat mehrere Konsequenzen:

Widerstand der Arbeiterbewegung wird zum Widerstand der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Einbeziehung lebensgeschichtlicher Erfahrung (Arbeitslosigkeit, Arbeits- und Wohnverhältnisse, Alter etc.) und deren Rückkopplung an die Frage nach der

Motivation führen zu neuen Erkenntnissen insbesondere über den kommunistischen Widerstand. Die These, daß die KPD als politische Kraft von außen 1933 – 1945 den Widerstand ihrer Mitglieder angeleitet habe, kann nun weitgehend als Mythos charakterisiert werden. Wichtiger als bloße Zugehörigkeit zur Organisation waren für eine Bereitschaft zum Widerstand der enge persönliche Kontakt zwischen den Beteiligten, ein sozialistisches Milieu in Stadtvierteln, eine „eher persönliche Motivation, die sich nicht nur aus der politisch-ideologischen Überzeugung ergab, sondern zusätzliche Impulse aus individuellen lebensgeschichtlichen Erfahrungen oder Disponiertheiten erfuhr“<sup>4</sup>.

Diese These wird u.a. dadurch gestützt, daß während der gesamten zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft immer wieder kommunistische Gruppen, sei es im Stadtteil, sei es in den Betrieben, sich zu illegaler Arbeit zusammenfanden, ohne Anleitung durch die Partei. In Bremen z.B., wo letztlich der organisierte Widerstand der Kommunisten spätestens 1935 zusammengebrochen war, existierte auf der größten Werft, der AG „Weser“, deren Schließung bei Abfassung dieses Artikels bevorsteht, neben linkssozialistischen und bürgerlichen Gruppen ein Zirkel um den früheren Bürgerschaftsabgeordneten der KPD, Hermann Prüser. Prüser lehnte aus Angst vor Spitzeln 1943 sogar die Kontaktaufnahme mit dem Instrukteur Alfred Kowalke ab. Dieser war von Wilhelm Knöchel, der im Auftrag des Zentralkomitees der KPD eine illegale Inlandsleitung im Reich etablieren sollte, nach Bremen geschickt worden. Allerdings scheint nicht nur Spitzelfurcht Prüseres Verhalten bestimmt zu haben. Er wollte mit seiner Gruppe vielmehr in voller Unabhängigkeit und Selbstbestimmung operieren, da er vom Hincinreden anderer in die illegale Arbeit nur eine Schwächung erwartete. Die weitergehende These von Martin Broszat, daß die Bereitschaft „zur ‘revolutionären’, notfalls konspirativen kämpferischen Aktion“<sup>5</sup> v.a. bei entwurzelten Teilen der Arbeiterschaft, insbesondere der Arbeiterjugend, vorhanden war, ist zumindest aufgrund unserer Bremer Erfahrungen zu relativieren. Der größte Teil der Kommunisten, die sich in illegalen Gruppen wiederfanden, war 1933 zwischen 25 und 30 Jahre alt, meist jung verheiratet mit kleinen Kindern und seit längerer Zeit in der KPD oder ihren Nebenorganisationen organisiert.<sup>6</sup> Hier müßten wohl vor einer verallgemeinernden Interpretation noch stärker lokalgeschichtliche Bedingungen untersucht werden.

Mit dem Perspektivenwechsel treten neben dem politisch motivierten, bewußten Widerstand, der das System beseitigen will, andere Formen von Opposition und non-konformem Verhalten in den Stadtteilen, Ortschaften und Betrieben in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse bestätigen einerseits die These, daß die Nationalsozialisten auch nach 1933 keine nennenswerte Unterstützung aus dem Arbeitermilieu erhielten. Daß man nach Jahren wieder Arbeit hatte, der relative Wohlstand der Vorkriegszeit, das alles blieb zugleich natürlich nicht ohne Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiter. Wie stark es das Verhalten gegenüber dem NS-Regime bestimmte, scheint vor allem eine Frage des Milieus zu sein. Menschen, die eingefügt waren in kaum zerstörte Solidarstrukturen in Wohnbereich und Betrieb – in Bremen kann dies anhand der Werftarbeiter der AG „Weser“ rekonstruiert werden (die Gestapo war der Auffassung, daß am besten der gesamte Betrieb eingezäunt werden und zum Konzentrationslager erklärt werden sollte) –, standen dem System weiter ablehnend gegenüber. Andererseits verfehlten sozialpolitische propagandistische Maßnahmen, wie z.B. das Programm „Kraft durch Freude“, ihre Wirkung nicht. So lassen sich durchaus widersprüchliche Verhaltensweisen konstatieren. Einzelne Maßnahmen des Regimes wurden gutgeheißen, sogar Verfolgungsmaßnahmen gegenüber sog. Randgruppen trafen auf Zustimmung auch bei dezidierten Gegnern – das hatte ja eine gewisse Tradition in der Arbeiterbewegung –, gleichzeitig versuchte die Mehrheit der Arbeiter sich im Alltagsleben dem Regime zu entziehen. Mit Kriegsausbruch wurden im kulturellen Bereich diese vom Regime geduldeten Nischen sogar noch größer und zahlreicher.<sup>7</sup> Viele von den Arbeitern praktizierten Verweigerungsaktionen waren letztlich nichts anderes als tradierte Verhaltens- und Kampfformen gewerkschaftlicher Art – langsam arbeiten, Lohnforderungen u.ä. Doch erlangten diese Verhaltensweisen im NS-Staat eine besondere Dimension und wurden vom Regime ängstlich observiert, wie u.a. die Berichte der Rüstungsinspektionen in den Kriegsjahren zeigen.

Eine so skizzierte Auffächerung des Widerstandsbegriffs und seine Einbettung in eine motivationsgeschichtliche Analyse von Verhaltensweisen dürften es ermöglichen, stärker als bisher auch das Verhalten der Arbeiterfrauen, die aus naheliegenden Gründen im organisierten Widerstand nur in geringem Maße hervortraten, mit einzubezeichnen. Immer deutlicher wird es, wie sehr ge-

rade die Frauen Angehörige von Verhafteten unterstützten und dafür sorgten, daß die Kinder möglichst wenig in die NS-Jugendorganisationen integriert wurden, zugleich aber in die Mülltonnen sorgfältig abgepackte Kartoffeln für die Zwangsarbeiter legten. Diese aus den Solidargemeinschaften, in denen die Arbeiterfrauen lebten, herrührenden Verhaltensweisen sind ebenfalls auf der Skala oppositionellen Verhaltens einzuordnen und bedürfen der Aufarbeitung. Die Frage nach den Alltagserfahrungen kann gerade – so Lutz Niethammer – vor allem bei Frauen „verinnerlichte Unwertgefühle, als hätten sie nichts Bedeutsames erlebt“, überwinden.<sup>8</sup> In stärkerem Maße als bisher wird „die Einbeziehung geschichtlicher Vorerfahrungen und historisch-gewachsener Strukturen“<sup>9</sup> als notwendig crachtet, erweisen sich doch ein großer Teil der Verhaltensweisen der Arbeiter gegenüber dem NS-Staat wie auch die lokalen Konflikte in den jeweiligen historischen Besonderheiten begründet. In Einzelfällen sind auch Verfolgungsmaßnahmen gegenüber Sozialdemokraten und Kommunisten als persönliche „Abrechnungen“ lokaler SA-, SS- und NSDAP-Größen zu verstehen. Ob indes in jedem Fall einer Lokal- oder Regionalstudie ein Rückgriff bis ins 19. Jahrhundert angebracht ist, ob die Traditionslinien von gesellschaftlichen Konflikten und die Reaktion hierauf auch in größeren Bereichen so stringent zu ziehen sind, wie z.B. Klaus Tenfelde es für den oberbayerischen Bergarbeiterort Penzberg versucht<sup>10</sup>, ist in jedem Einzelfall zu prüfen. Wie eine Reihe neuer Veröffentlichungen zeigt, besteht zumindest die Gefahr, daß aus der sinnvollen Einbettung des Widerstandes in eine Bandbreite von Verhaltensweisen der Menschen gegenüber dem NS-Regime einem Wertepluralismus Tür und Tor geöffnet wird. Im Gegensatz zu Martin Broszat etwa scheint es uns notwendig, zwischen einer „gesinnungsethischen Wertung“ und einer „kritisch-historischen Aufarbeitung“ von Widerstand keinen Widerspruch zu sehen.<sup>11</sup> Vielmehr kann eine kritisch-historische Aufarbeitung nur erfolgen, wenn sie auf der Basis einer gesinnungsethischen und/oder politisch-moralischen Wertung geleistet wird. Nur so können die unterschiedlichen Verhaltensweisen gewürdigt werden, und man entgeht der Gefahr, daß letztlich nur noch „ad-hoc-Widerstände“ den Widerstand ausmachen. Nicht jede Verweigerung ist ein „Widerstand“, es gab den vom Regime geduldeten und sogar geförderten Rückzug ins Private, in die erwähnten „Nischen“, die das Regime bereitstellte. Es ist in jedem Einzelfall zu prüfen, aus welchen Gründen jemand „in Opposition“

zum Regime oder zu Einzelmaßnahmen des Regimes stand. Denn eine oppositionelle Haltung konnte bei einzelnen oder Gruppen aus an sich systemimmanenten Widersprüchen erwachsen. Auch konnte jemand, der durchaus mit den Nationalsozialisten sympathisierte, aus Abscheu vor bestimmten Geschehnissen, etwa der „Reichskristallnacht“, zu einer zeitweisen Gegnerschaft finden. Ein anderer Fall: Ein früheres Mitglied der Linksparteien, das sich zwar nach 1933 nicht in illegalen Gruppen betätigt hatte, nannte Hitler später einen Verbrecher und wurde vom Sondergericht mit schweren Strafen belegt. Diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, daß Wertungen der Historiker notwendig sind, um dem Widerstand gerecht zu werden.

Der Zugang über den Alltag hat den Widerstand aus seiner „monumentalistischen Erstarrung“ herausgelöst und eine notwendige Entheroisierung bewirkt. Damit ist es – mehr als 30 Jahre nach Kriegsende – möglich, an das wieder anzuknüpfen, was diejenigen, die aus politischen Motivationen heraus Widerstand leisteten, oder sich zumindest nicht vereinnahmen ließen, aus ihrer lebensgeschichtlichen Erfahrung heraus 1945 in praktische Politik umzusetzen versuchten. Gemeint sind die vielen kleinen und mittleren Funktionäre der Arbeiterorganisationen, die nach dem militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches darangingen, durch pädagogisch-politische Arbeit in den Antifa-Ausschüssen das Leben der Deutschen zu reorganisieren. Ihnen gemeinsam waren ein antifaschistisches Bewußtsein und der Wille, Lehren aus der Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 und aus der 12-jährigen Herrschaft des Nationalsozialismus zu ziehen. Die Neuordnungsvorstellungen der Antifa-Ausschüsse können bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen unter den Begriff „soziale Demokratie“ subsumiert werden, wobei Einverständnis darüber herrschte, daß diese nur dann zu verwirklichen sei, wenn die Mehrheit des deutschen Volkes am gesellschaftlichen Neuaufbau beteiligt war. Die Antifa-Ausschüsse scheiterten rasch an den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, vor allem an der restriktiven Politik der Besatzungsmächte in Ost und West. Ihre Niederlage bedeutete zugleich einen Sieg jener Kräfte, die jeder „Bewegung“, jeder Massenmobilisierung zutiefst mißtrauisch gegenüberstanden – diese fanden sich nicht nur im bürgerlich-konservativen, sondern auch im sozialdemokratischen und kommunistischen Lager, was sich u.a. anhand der Streikbewegung 1947 im Ruhrgebiet für die Sozialisierung deutlich zeigen läßt. Eine Wiederentdeckung des verdräng-



ten Kontinuitätsfaktors Volk, wie Lutz Niethammer es formuliert<sup>12</sup>, könnte verlorengegangene demokratische Alternativen offenlegen.

Nachdem sich der „Schulterschuß“ aller Antifaschisten in der Nachkriegszeit als Wunschtraum erwies, wurde die Interpretation des Widerstandes zum „deutsch-deutschen Problem“.<sup>13</sup> Die DDR sieht sich als einzig legitimen „Erben der antifaschistischen Widerstandsbewegung“. Dabei muß sie aber – aufgrund des marxistisch-leninistischen Parteiverständnisses – die Rolle der KPD überhöhen. Der Führungsanspruch der kommunistischen Partei wird zur historischen Realität; Fehler und Schwankungen in der Politik werden zwar zugestanden, aber in ihren historischen Auswirkungen kaum analysiert. Der Widerstand von sozialistischen Splittergruppen und Sozialdemokraten fällt weitgehend durch dieses ideologische Raster, während die Beteiligung bürgerlich konservativer aus politischem Interesse (breites antifaschistisches Bündnis, Nationalkomitee Freies Deutschland) stärker berücksichtigt wird. Die Erforschung des antifaschistischen Widerstandes hat in der DDR nicht nur eine politisch-legitimierende Zielsetzung, sondern zugleich eine nationalpädagogische Funktion. Die Beschäftigung mit dem „anderen Deutschland“ ist nicht nur fester Bestandteil der Bildungspläne für Schulen, sie nimmt zugleich großen Raum in der allgemeinen politischen Schulungsarbeit ein.<sup>14</sup>

Die Bundesrepublik tat sich schwer mit ihrem Verhältnis zum Widerstand. Lange Zeit galt neben dem „Widerstand“ der Kirchen der 20. Juli 1944, der „Aufstand des Gewissens“, als einziger Anknüpfungspunkt. Der Widerstand aus politischen Motiven, insbesondere der Widerstand der Kommunisten, wurde ausgegrenzt. Diese konservative Vereinnahmung des Widerstandes war nur möglich in der Phase des Kalten Krieges und in einer zunehmend restaurativen Gesellschaft. Dem entsprach die Totalitarismustheorie, in deren Folge dann Nationalsozialismus und Kommunismus als diejenigen Kräfte benannt wurden, die die Demokratie von Weimar zerstört hätten. Damit wurde die nicht stattgefundene Abrechnung mit denen, die die Nationalsozialisten aktiv und direkt unterstützt hatten, nachträglich legitimiert. Daß in der Nachkriegszeit zunächst das Wissen, wer tatsächlich den Nationalsozialisten zur Macht verholfen hatte, nicht nur in der Arbeiterbewegung vorhanden war, zeigt folgende Episode:

Als im Herbst 1946 Angehörige von Opfern des 20. Juli eine

staatliche Unterstützung zu erlangen versuchten, lehnte dies der Zonenbeirat – das damalige höchste Gremium in der britischen Besatzungszone – einstimmig ab. Konrad Adenauer als Mitglied dieses Gremiums trug die Begründung vor: Die Verschwörer des 20. Juli hätten lange mit dem Regime sympathisiert und sich erst, als der Krieg verloren war, zum Widerstand entschlossen.<sup>15</sup>

Erst Mitte der sechziger Jahre begann eine kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftspolitischen Vorstellung des „20. Juli“ und zugleich die Neuentdeckung des Widerstandes der Arbeiterbewegung. In zahlreichen Lokal- und Regionalstudien wurde nunmehr der Widerstand „vor Ort“ untersucht, allerdings blieb dies weitgehend auf die Analyse des Widerstandes der Organisationen beschränkt. Dabei wurden unterschiedliche Konzeptionen der illegalen Arbeit deutlich: Die KPD versuchte – auf verschiedenartige Weise – die illegale Arbeit zentral zu koordinieren und anzuleiten. Ziel war lange Zeit, sogenannte illegale Massenorganisationen zu schaffen und überall zu demonstrieren, daß die KPD existierte und aktiv war. Erreicht wurde damit vor allem die Vernichtung der Inlandskader durch die Gestapo. Unabhängig davon gab es viele kommunistische Gruppen, die ohne Anleitung von außen arbeiteten, wie bereits gesagt wurde. Die Kommunisten litten wohl am meisten unter den Verfolgungsmaßnahmen – sehr viele von ihnen wurden hingerichtet oder überlebten das Konzentrationslager nicht.

Die illegale Arbeit der Sozialdemokraten war von Anfang an nicht auf Massenaufklärung angelegt, sondern zielte auf einen politisch-organisatorischen Zusammenhalt. Bis 1935 wurden sozialdemokratische Lesezirkel u.ä. von den Grenzsekretariaten mit Material versorgt und leiteten ihrerseits Informationen an den Parteivorstand (SOPADE-Berichte). Massenhafte Verhaftungen im Sommer 1935 beendeten auch diese Form des illegalen organisatorischen Zusammenhalts. Obwohl der Widerstand der Arbeiterbewegung vom Regime als bedrohlich empfunden, deshalb besonders sorgfältig beobachtet und grausam verfolgt wurde, stellte er zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte Gefährdung nationalsozialistischer Herrschaft dar.<sup>16</sup>

Bei der Beobachtung der verschiedenen Formen des Widerstandes der Arbeiterpartei ist nach der Zweck-Mittel-Relation zu fragen. Bei aller Würdigung der Opfer des kommunistischen Widerstandes bleibt festzustellen, daß die Führung der KPD in einer erschreckenden Realitätsferne aus parteiideologischen Motiven heraus an einer Konzeption von Widerstand festhielt, die

den Bedingungen illegaler Arbeit im Reich nicht angemessen war, wodurch ihre Anhänger allzu leicht Opfer des NS-Terrors wurden.

Daß auch die vorsichtigeren und mit anderer Zielsetzung arbeitenden illegalen Gruppen von Sozialdemokraten fast ausnahmslos der Gestapo zum Opfer fielen, zeigt generell die Grenzen illegaler Arbeit im Dritten Reich.<sup>17</sup>

Eine motivationsgeschichtliche Aufarbeitung des Widerstandes unter Einbeziehung der alltäglichen Erfahrungen scheint Wege zu ebnen, der gängigen Diskussion über die richtige und angemessene Form des Widerstandes zu entgehen. Organisierter Widerstand, in welcher Variante auch immer, das war die Ausnahme. Allerdings berichten Untersuchungen, wie sie z.B. über Augsburg (Hetzer) und Penzberg (Tenfelde)<sup>18</sup> vorliegen, über vielfältige Formen von oppositionellem Verhalten oder von Verweigerung. Broszat sieht hierin den Ausdruck „einer historisch dominanten Tradition der Arbeiterbewegung: Eine auf leidgeprüfter Erfahrung beruhende pragmatische Nüchternheit angemessener Interessenwahrung, von der her märtyrerhafte putschistische Aktivitäten aus realistischer Sicht der Machtverhältnisse gerade im Interesse des Überlebens der Arbeiterbewegung abgelehnt wurden“<sup>19</sup>. Nun ist die hier implizierte Wertung nicht unproblematisch — denkt man z.B. an die opportunistische Anpassungspolitik der ADGB-Führung seit dem Januar 1933, die an der Teilnahme an den nationalsozialistischen Mai-Feiern gipfelte. Auch ist — aufgrund der Quellenlage (Berichte der Verfolgerinstanzen) — eine Gratwanderung zu konstatieren zwischen pragmatischem, nüchternem Abwägen von Risiken und Anpassung. Andererseits dürften gerade jene Erkenntnisse, daß zwischen dem Widerstand als bewußtem politischem Akt unter Inkaufnahme der Verfolgungsmaßnahmen, ja selbst des Todes, und der Anpassung eine Vielzahl von Verhaltensweisen wie bewußte Normenverletzung, offensive Nutzung von Freiräumen oder Verweigerung lagen, beispielsweise im historischen Unterricht bei Jugendlichen umgesetzt werden können.

So wichtig die späte Entdeckung und Analyse des organisierten Widerstandes von seiten der Arbeiterbewegung auch war, so zeigt sie letztlich nur einen Teil der antifaschistischen Aktivitäten und Mentalitäten gerade im Bereich der in Weimar organisierten Arbeiterschaft.

Zugleich können gerade durch die Einreihung des politischen Widerstandes in eine ganze Bandbreite von oppositionellem Ver-

halten Mut und Opferbereitschaft der wenigen, die aus bewußter Gegnerschaft versuchten, das System zu bekämpfen, erst angemessen gewürdigt werden. Die neuen Erkenntnisse erfordern, daß Widerstand verstärkt im lokalen und regionalen Rahmen erforscht wird. Ein anderer als lokal- oder regionalgeschichtlicher Zugriff ist bei der sehr differenzierten Fragestellung nicht mehr möglich. Damit ist natürlich die Gefahr einer lokalen Borniertheit gegeben. Man kann dem nur begegnen durch eine Rückkopplung des Besonderen mit der Gesamtentwicklung im Deutschen Reich und einer Methode des Vergleichs des Besonderen mit dem Besonderen.

Die Problematik der Quellenlage bei der Erforschung von Widerstand und Verfolgung ist oft dargelegt worden.<sup>20</sup> Überlieferungen aus dem Widerstand selbst gibt es, vor allem für die spätere Phase, kaum. Wo sie vorhanden sind, in Form von Flugblättern, Zeitschriften etc., enthalten sie wenig Information über Abläufe und Strukturen der illegalen Arbeit, sondern bilden Ereignisse „nur punktuell und selektiv“ ab.<sup>21</sup> Aufschlußreicher sind, soweit zugänglich, die Akten der emigrierten Parteivorstände von SPD und KPD. Alle anderen relevanten Bestände stammen von Verfolgerinstanzen, wobei die Akten der Ermittlungsbehörden besonders detaillierte Informationen über den *organisierten* Widerstand enthalten. Doch muß die Wirklichkeit aus diesen Akten mühsam herausgefiltert werden: Einerseits ist das Dunkelfeld sicher größer, andererseits mußten die Verfolgerinstanzen auch ihre Existenz rechtfertigen und Erfolge melden. Außerdem ist zu betonen, daß alle Aussagen vor der Gestapo oder dem Gericht interessengebundene Aussagen waren. Die eigene Rolle wurde heruntergespielt, nach Möglichkeit wurden Männer und Frauen, die geflüchtet waren, belastet, manchmal mit dem tragischen Effekt, daß diese, wenn sie während des Krieges in besetzten Ländern doch noch der Gestapo in die Hände fielen, für illegale Aktivitäten bestraft wurden, mit denen sie nichts oder nur in geringem Umfang zu tun hatten. Auch vor den Sondergerichten wurde — wenn es nicht ohnehin aktenkundig war — eine frühere Parteizugehörigkeit verschwiegen.

Zudem sind die Bestände in den seltensten Fällen vollständig erhalten. Vieles wurde bei Kriegsende von den Verfolgern vernichtet, einiges später von Archivaren, die an sich die Pflicht haben, zu archivieren; anderes geriet wohl eher zufällig in den Reißwolf. Wie Reinhard Mann ausführt, ist „die klare Identifizierung dessen, was nicht mehr verfügbar ist und worüber keine

Informationen erlangt werden können . . . , selbst wiederum ein oftmals wichtiger Befund, was in der Geschichtswissenschaft aber lange Zeit nicht wahrgenommen und deshalb auch nicht systematisiert wurde“.<sup>22</sup>

Außerdem wird in den von Verfolgerseite stammenden Akten nur „die Spitze des Eisbergs“ von oppositionellem Verhalten erfaßt. Es gibt „systematische Verzerrungen“ in der Streuung des Materials, und zwar gerade für den Widerstand organisierter Gruppen, insbesondere der Kommunisten, da diese von der Gestapo als besonders bedrohlich angesehen wurden. Während man davon ausgehen kann, daß der organisierte Widerstand relativ gut erfaßt wurde, ist das Dunkelfeld für oppositionelles Verhalten groß: Non-konformes Verhalten einzelner wurde eben weniger verfolgt und taucht daher in geringem Umfang in den Verfolgerakten auf. Nur zum Teil hellen die Sondergerichtsakten diesen Bereich von Protestverhalten auf. Die 1933 eingerichteten Sondergerichte befaßten sich u.a. mit den sog. „Heimtückefällen“, d.h. mit verbalen „heimtückischen“ Angriffen auf das Regime. Ihre Prozeßakten geben daher in besonderer Weise das oppositionelle Klima in den Arbeiterkneipen, der Straßenbahn, den Bunkern und auf den Straßen nach den Bombenangriffen wieder.

Das eigentliche Problem sind aber die Methoden, um die Motivation von Menschen zu erforschen. Der einzig gangbare Weg ist der, neben dem Aktenmaterial über „sanktioniertes Verhalten“ im engeren Sinne das gesamte soziale und politische Umfeld mit einzubeziehen und zwar in seiner historischen Dimension. Ergänzt werden muß dies durch die „oral history“. Allerdings ist es falsch, zu meinen, man brauche nur die sogenannten Zeitzeugen zu fragen, warum und wieso sie sich vor 40, 50 Jahren so und so verhalten haben. Erinnerung ist stets ein Stück Legitimation der eigenen Lebensgeschichte, und Erinnerung reproduziert nicht die Lebensgeschichte. Neuere Erfahrungen mit Interviews zeigen zudem, daß gerade alltägliche Verhaltensweisen, die zudem teilweise von der Umwelt mißbilligt worden waren (dies betrifft das gesamte Umfeld von Verweigerung), aus dem Gedächtnis verschwunden sind.<sup>23</sup>

„Oral history“ kann daher historische Analyse, die Rückkopplung an das aus schriftlichen Quellen gewonnene Wissen nicht ersetzen, andererseits muß aber die Erinnerung von Zeitzeugen diese Quellen ergänzen und gegebenenfalls korrigieren. Noch schwerer als Informationen über Verhaltensformen „aus-

zubuddeln“ ist der sensible Umgang mit der Erinnerung an die Gründe für die Teilnahme am Begräbnis des sozialdemokratischen Genossen, für die Zahlung des Beitrags für die Rote Hilfe auch nach dem Januar 1933 u.ä. Noch problematischer dürfte die Zuverlässigkeit von Erinnerung an Formen der Anpassung und Zustimmung sein. Hier ist es nicht nur der Argwohn gegenüber dem Historiker, sondern besonders die Verdrängung eigener Schuld, die z.B. das Gespräch mit damals überzeugten Nationalsozialisten erschweren.<sup>24</sup>

Keine Lokal- oder Regionalgeschichte zur Erforschung des Widerstandes wird je alle Verhaltensweisen aller Menschen erfassen. Es ist jedoch möglich, aus den unterschiedlichsten Quellen unter Einbeziehung der „oral history“ und in kritischer Auseinandersetzung mit den Zeitzeugen repräsentative Verhaltensweisen und Motivationen von Menschen in einer Stadt oder Region offenzulegen. Wenn auch die durch die Rückkopplung des Widerstandsbegriffs an eine verhaltens- und motivationsgeschichtliche Analyse des alltäglichen Lebens der Menschen bedingte Ausweitung der Untersuchungsbereiche zu begrüßen ist, so sind doch einige Implikationen problematisch. Das „Bayernprojekt“<sup>25</sup> will den Begriff des Widerstandes, der ein „werthafter“ ist, ergänzt wissen durch den „wertneutralen“ Begriff der Resistenz. Grundsätzlich erscheint uns jede Übertragung von Termini aus dem biologisch-medizinischen Bereich auf gesellschaftliche Phänomene bedenklich. Geradezu irreführend ist die Assoziation mit den Widerstandsbewegungen in Frankreich und Italien. Martin Broszat definiert Resistenz wie folgt: „Wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her.“<sup>26</sup> Wenn es wirklich als gleichgültig angesehen wird, welche Kräfte aus welchen Motiven den Herrschaftsanspruch des NS-Regimes einzudämmen versuchten, dann müßte der erst in der kritischen Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie gefundene Widerstandsbegriff revidiert werden. Als Widerstand wurde jede Handlung verstanden, so Friedrich Zipfel 1965, „die darauf gerichtet war, dem totalitären Staat in den Arm zu fallen, sei es um die eigene oder die Gruppenexistenz zu behaupten oder um Unrecht im kleinen wie im großen zu verhüten, die sich darum bemühte, eine Staatsordnung zu erhalten oder vorzubereiten, die den Prinzipien des nationalsozialistischen Staates widersprach, oder die danach strebte, die bestehenden Machtverhältnisse durch Propaganda oder mit den

Mitteln der Gewalt zu ändern. Im allgemeinen verbindet sich mit dem Begriff 'Widerstand im totalitären Staat' die Vorstellung, daß diese Handlungen unter bewußter Inkaufnahme der Gefahr von persönlichen Nachteilen, von Maßregeln, Inhaftierungen oder gar der Todesstrafe, begangen wurden. Bloße Unzufriedenheit und daraus resultierende Affekthandlungen, die unter Umständen auch schwerste Bestrafungen nach sich ziehen konnten, werden schwerlich als Widerstand bezeichnet werden können.<sup>27</sup>

Diese Definition von Widerstand erfaßt neben Aktionen, die auf den Umsturz des Systems zielten, alle jene oppositionellen Verhaltensweisen, die das „Bayernprojekt“ berücksichtigt wissen will. Sie grenzt sich aber deutlich ab von dem Begriff der Resistenz. Denn wie sieht eigentlich dieses „resistente Milieu“ gegenüber dem Nationalsozialismus aus? Ein katholisches Bauerndorf im Bayerischen Wald war sicherlich resistent gegenüber dem nationalsozialistischen Herrschaftsanspruch, genauso wie es resistent war und ist gegenüber demokratischen und sozialen Reformversuchen. Seine Bewohner jagen heute vielleicht Demonstranten für eine Reform des § 218 „zum Teufel“. Meckern und Nörgeln am Stammtisch sind „wertneutrale“ Verhaltensweisen in jeder Gesellschaft, und zum Widerstand wurden sie nicht durch den Zugriff des NS-Systems, das auch solche Verhaltensweisen gegebenenfalls verfolgte. Allerdings waren die Gestapo und andere Verfolgungsinstanzen nicht so inflexibel, hier nicht zu unterscheiden. Wenn nun etwa Broszat – gegen Kant – ausführt, daß in erster Linie das zählt, „was getan und was bewirkt, weniger das, was nur gewollt und beabsichtigt war“,<sup>28</sup> dann hieße das, daß der politische Widerstand, weil er gescheitert ist, letztlich weniger relevant war als die Resistenz beispielsweise der Kaufleute in Bremen, die in ihrer Mehrheit eine hanseatisch-vornehme Distanz zur NSDAP hielten, also gegenüber den „Proleten“ von rechts resistent blieben. Daß Widerstand – in welcher Form auch immer – stets interessegebunden ist – sonst hätte er ja kein Ziel –, verringert seine Wertigkeit nicht.

Tragender als der Resistenzbegriff ist die Orientierung an Konfliktfeldern, wie es Detlev Peukert vorschlägt.<sup>29</sup> Auch das Bayernprojekt sieht in den „Konfliktzonen“ einen sinnvollen Rahmen. Durch die Einbettung von Verhaltensweisen in gesellschaftliche Konflikte wird die Zuordnung zum Widerstand erst möglich. Ob man sich allerdings der definitorischen Schwierig-

keiten bei dem, was Widerstand ist, durch eine graphische Umsetzung in ein Koordinatensystem entheben kann<sup>30</sup>, wie es Peukert versucht, bezweifeln wir. Jede allzu starke Formalisierung birgt die Gefahr, daß die Realität in ihrer Vielfalt nicht mehr erfaßt wird.

Während diejenigen, die in jüngster Zeit den Resistenzbegriff verwendeten, durchaus ein differenziertes Bild von der NS-Gesellschaft haben, besteht doch die Gefahr, daß sein unreflektierter Gebrauch zur an sich überwundenen Totalitarismustheorie zurückführen könnte, weil nämlich Resistenz auf der einen Seite die Existenz eines monolithischen Gebildes auf der anderen Seite suggeriert.

Gerade die Einbeziehung des Alltags der Menschen im Dritten Reich in die Forschungen zum Widerstand hat, wie gerade die vorliegenden Untersuchungen im Rahmen des „Bayernprojekts“ zeigen, diese Vorstellung endgültig widerlegt. Das NS-System war gekennzeichnet von einer Vielzahl interner Konflikte, innerhalb der NSDAP und der herrschenden Eliten, zwischen NS-Regime und Bevölkerung. Wie Hans Dieter Schäfer es für den intellektuellen Bereich aufzeigt, garantierte der NS-Staat durchgängig eine „unpolitische Seite oder staatsfreie Sphäre.“<sup>31</sup>

Der Resistenzbegriff hat daher nur geringen analytischen Wert für die Erforschung von Widerstand; nützlich und notwendig hingegen ist die Einordnung von oppositionellem Verhalten in Konfliktfelder. Es ist wichtig für eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, in der der Widerstand von Gruppen und einzelnen seinen angemessenen Platz finden muß, daß der Widerstandsbegriff nicht zu eng gefaßt wird. Andererseits besteht die Gefahr, daß eine zu starke Ausweitung aus den Deutschen ein Volk von Widerständlern aller Art macht, gemäß dem Witz im Anschluß an ein frühes Buch von Heinrich Böll: „Wo warst Du, Adam? Ich war im Widerstand!“ Wer wollte bei entsprechender Anwendung des Resistenzbegriffes nicht auch der sogenannten „Inneren Emigration“ derer, die später die tatsächlich in die Emigration Getriebenen verdächtigen, den Widerstandscharakter absprechen?

So notwendig auch all die methodischen Überlegungen und definitorischen Bemühungen sind, sie sollten zur Zeit nicht davon abhalten, an die konkrete Forschungsarbeit zu gehen. Denn wenn die letzten Akteure gestorben sind, sind die schönen Worte zur Quellenlage und zur „oral history“ nur noch Makulatur.

## Anmerkungen

- 1 Steinberg 1980, S. 68; vgl. auch Ryska 1980, S. 15 - 26.
- 2 Broszat 1981, S. 692.
- 3 Peukert/Reulecke 1981, S. 14.
- 4 Broszat 1981, S. 706.
- 5 Broszat 1981, S. 707.
- 6 Dies ergibt sich aus den vorliegenden Quellen und den Interviews.
- 7 Vgl. hierzu Schäfer 1982<sup>2</sup>.
- 8 Niethammer 1983, S. 20.
- 9 Broszat 1981, S. 704.
- 10 Tenfelde 1981, S. 1 - 382.
- 11 Broszat 1981, S. 692.
- 12 Niethammer 1983, S. 8.
- 13 Bade 1981, S. 50f.
- 14 Peukert 1980, S. 74.
- 15 Bericht über die 7. Sitzung des Zonenbeirates vom 3.10.1946, Public Record Office London FO 371/55621, zit. nach Pingel 1981.
- 16 Vgl. Steinberg 1980, S. 26.
- 17 Zum Gesamtkomplex KPD/SPD Widerstand auf regionaler Ebene vgl. folgende Arbeiten: Bretschneider 1968; Klotzbach 1969; Peukert 1980; Steinberg 1973<sup>2</sup>.
- 18 Hetzer 1981, S. 1 - 233; Tenfelde 1981.
- 19 Broszat 1981, S. 708.
- 20 Vgl. u.a. Kleßmann/Pingel 1980; Peukert 1980, S. 24ff.; Steinberg 1973<sup>2</sup>, S. 18ff.
- 21 Mann 1980, S. 37.
- 22 Mann 1980, S. 40.
- 23 Niethammer 1983, S. 24.
- 24 Vgl. Steinbach 1983, S. 16.
- 25 Das Projekt „Bayern in der NS-Zeit“ wird vom Insitut für Zeitgeschichte in München im Auftrag des Bayrischen Staatsministers für Unterricht und Kultur durchgeführt. Neben der Inventarisierung aller relevanten Quellenbestände liegen mittlerweile vier von insgesamt sechs geplanten Bänden vor, die Einzeluntersuchungen zum Thema enthalten.
- 26 Broszat 1981, S. 697.
- 27 Zipfel 1965, S. 3.
- 28 Broszat 1981, S. 697.
- 29 Peukert 1982, S. 94ff.
- 30 Ebd., S. 97.
- 31 Schäfer, 1982, S. 114.

## Literatur

- Bade, Klaus J.: *Vom Mythos zum Alltag. Widerstand in der NS-Zeit: Ein Geschichtsbild wandelt sich*, in: Die Zeit, Nr. 51 v. 11.12.1981, S. 50f.  
Bretschneider, Heike: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933 - 1945*, München 1968

- Broszat, Martin: *Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts*, in: Bayern in der NS-Zeit, IV, Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, München/Wien 1981  
Hetzer, Gerhard: *Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition*, in: Bayern in der NS-Zeit, III, Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil B, München/Wien 1981  
Kleßmann, Christoph/Pingel, Falk (Hg.): *Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit*, Frankfurt a.M./New York 1980  
Klotzbach, Kurt: *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930 - 1945*, Hannover 1969  
Mann, Reinhard: *Was wissen wir vom Widerstand? Datenqualität, Dunkelfeld und Forschungsartefakte*, in: Kleßmann/Pingel: *Gegner des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M./New York 1980  
Niethammer, Lutz: (Hg.): *„Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“.* Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. *Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960*, Bd. 1, Berlin/Bonn 1983  
Peukert, Detlev: *Zur Rolle des Arbeiterwiderstandes im „Dritten Reich“*, in: Kleßmann/Pingel: *Gegner des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M./New York 1980  
— : *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 - 1945*, Wuppertal 1980  
— : *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982  
Peukert, Detlev/Reulecke, Jürgen: *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981  
Pingel, Falk: *Erinnern oder Vergessen? Überlegungen zum Gedenken an den Widerstand und an die Opfer des Nationalsozialismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 9-10/81, v. 12.2.81  
Ryska, Franciszek: *Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, in: Kleßmann/Pingel: *Gegner des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M./New York 1980  
Schäfer, Hans Dieter: *Das gespaltene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933 - 1945*, München/Wien 1982<sup>2</sup>  
Steinbach, Lothar: *Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich*, Berlin/Bonn 1983  
Steinberg, Hans-Josef: *Thesen zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung*, in: Kleßmann/Pingel: *Gegner des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M./New York 1980  
— : *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 - 1945*, Bonn-Bad Godesberg 1973<sup>2</sup>  
Tenfelde, Klaus: *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 - 1945*, in: Bayern in der NS-Zeit, IV, Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München/Wien 1981  
Zipfel, Friedrich: *Die Bedeutung der Widerstandsforschung für die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung*, in: *Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, Bad Godesberg 1965